

"Die unsichtbare europäische Verteidigung" in Le Monde diplomatique (Juni 1999)

Legende: Nach dem Europäischen Rat von Köln am 3. und 4. Juni 1999 in Le Monde diplomatique erschienener Artikel. Bernard Cassen beschreibt kurz die Geschichte der europäischen Verteidigung seit Ende des Zweiten Weltkriegs und betrachtet kritisch die Unfähigkeit der Europäischen Union, sich im Bereich der Verteidigung Gehör zu verschaffen. Sie ist geteilt zwischen den Verfechtern eines eigenständigen „Europas als Weltmacht“, mit der WEU als „bewaffnetem Arm“ der GASP auf der einen Seite, und den Befürwortern der transatlantischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten und der NATO als Hauptverteidigungsorganisation auf der anderen Seite.

Quelle: Le Monde diplomatique. dir. de publ. Ramonet, Ignacio. Juin 1999. Paris. "L'introuvable défense européenne", auteur:Cassen, Bernard , p. 15.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_unsichtbare_europaipsche_verteidigung_in_le_monde_diplomatique_juni_1999-de-78374c2f-6503-4e91-8d48-e9c3d182db1e.html



Publication date: 05/07/2016

Die unsichtbare europäische Verteidigung

Es wäre naiv, das Fehlen der Europäischen Union auf der internationalen Bühne wie beispielsweise im Kosovo zu beklagen. Denn die große Mehrzahl der Mitgliedstaaten der Union hat sich eben genau dafür entschieden, nicht gemeinsam die Stellung einer Macht von internationalem Format anzustreben. Vor allem im äußerst symbolträchtigen Verteidigungsbereich, wo die Schlüssel zur Souveränität der NATO und somit Washington überreicht wurden.

Von BERNARD CASSEN

„Im Kosovo waren wir alle mit der Zukunft Europas konfrontiert – und sie ist erschreckend“ (1). Hat allein diese Einsicht des britischen Verteidigungsministers George Robertson, ausgereicht, um ihn dazu zu bewegen, am 10. Mai in Bremen den Vorschlag seines deutschen Amtskollegen Rudolf Scharping einer „effizienten europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ zu akzeptieren? Diese Formulierung steht in dem Bericht, den die Außen- und Verteidigungsminister der zehn Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union (WEU) dem Europäischen Rat am 3. und 4. Juni in Köln unterbreiten werden. Als Neuheit schlägt der Bericht vor, die WEU schnellstmöglich in die Europäische Union (EU) zu integrieren. Scharping spricht bereits von Ende 2000.

Am Tag zuvor hatte der designierte Präsident der nächsten Europäischen Kommission, Romano Prodi, der BBC erklärt, dass es sicher „Jahre, Jahre und Jahre dauern werde“, bevor eine europäische Armee gegründet werde, dass jedoch darin der „nächste logische Schritt“ in der Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Union bestehe. Er hatte – ganz offensichtlich mit Blick nach London – hinzugefügt, dass die Länder, die eine Teilnahme an dieser Armee ablehnten, „abseits der neuen Weltgeschichte stehen würden“. Der Sprecher von Anthony Blairs ließ verlauten, dass in den Augen Großbritanniens „die NATO Eckstein jeglicher Verteidigungskapazität sei und dass eine europäische Armee nicht in Frage komme“ (2). Abgesehen von den formalen Betrachtungen – warum mischt sich der Präsident einer Brüsseler Exekutive ein, die nur begrenzte Befugnisse in einer „Säule“ der Union verfügt, die nicht den Verfahren der Gemeinschaft, sondern ausschließlich der Regierungszusammenarbeit unterliegt? – traf diese Abfuhr auch den Kern der Frage: Eine europäische GASP, wie sie durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam ermöglicht wurde, bedeutet nicht eine europäische Verteidigung, und eine europäische Verteidigung muss nicht unbedingt mit einer europäischen Armee einhergehen.

In einem Bereich, in dem die Diplomaten jedes Wort auf die Waagschale legen, ist es unerlässlich, sich die Geschichte noch einmal ins Gedächtnis zu rufen, bevor man sagen kann, ob die jämmerliche Leistung der Europäer im Kosovo die Bestätigung der EU als eigenständige Macht beschleunigen wird oder nicht, und wenn doch, aus welchen Gründen.

Der falsche Präzedenzfall der EVG

Nach dem Zweiten Weltkrieg unterzeichneten fünf Staaten (Frankreich, Großbritannien und die Beneluxstaaten) im Jahr 1948 in Brüssel einen Vertrag – den Westpakt – zur kollektiven Verteidigung, der explizit gegen Deutschland gerichtet war. Die Zwänge des Kalten Krieges jedoch sollten fast sofort im Anschluss die Verteidigung Westeuropas im Nordatlantikpakt verankern, der im April 1949 in Washington unterzeichnet wurde und der eine starke ständige Struktur unter amerikanischem Kommando vorsah: die Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO). Um dieser Organisation Nachdruck zu verleihen, stellte sich damit die Frage nach der Wiederbewaffnung Westdeutschlands, das nun zum „richtigen“ Lager gehörte, dem jedoch auch vier Jahre nach Kriegsende die Länder des Kontinents immer noch gewaltig misstrauten. Mit anderen Worten: Wie bekam man deutsche Soldaten ohne eine deutsche Armee?

Die auf Druck von Washington ausgearbeitete Antwort war die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die durch den am 27. Mai 1952 unterzeichneten Pariser Vertrag gegründet wurde. Im Gegensatz zu dem, was einige Kandidaten bei den Wahlen am 13. Juni, die offensichtlich keine Ahnung von der

Nachkriegsgeschichte haben, im Fernsehen erzählen, war die EVG nur nach außen hin europäisch. Zwar rief sie eine gemeinsame supranationale Armee der sechs Mitgliedstaaten ins Leben, die 1957 den Römischen Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnen würden: Deutschland zählte also dazu, nicht aber Großbritannien, das seinen eigenen Verteidigungsapparat behielt. Diese Armee unterstand jedoch (Artikel 18 des Vertrags) in Friedenszeiten dem Oberbefehlshaber der NATO, der außer bei einstimmiger Opposition der Sechs frei über sie verfügen konnte (Artikel 77) (3). Ein schönes Beispiel einer „europäischen“ Armee! Bekanntlich wurde das Vorhaben der EVG am 30. August 1954 von der französischen Nationalversammlung abgelehnt.

Diese Ablehnung sollte zwei Monate später zum Beitritt Italiens und der Bundesrepublik Deutschland zum Westpakt führen, der damit zur Westeuropäischen Union (WEU) wurde. Der Bundesrepublik Deutschland wurden von nun an Vorrechte eines souveränen Staates gewährt und die Gründung einer Armee, der Bundeswehr, gestattet. Im Anschluss daran trat die BRD der NATO im Jahr 1955 bei. Die WEU (4) geriet in die Bedeutungslosigkeit und wurde erst in den 80er Jahren wiederbelebt, ohne allerdings der NATO in geringster Weise Konkurrenz zu machen. Sie spielt hauptsächlich die Rolle eines politischen Beratungsforums, da sie keine operative Struktur besitzt.

Wozu wäre die auch gut, da sie ja über keine eigenen militärischen Einheiten verfügt? Die einzigen europäischen Truppen, die nicht unter dem integrierten NATO-Kommando stehen (abgesehen von der französischen Armee seit der Entscheidung General de Gaulles 1966, die integrierte Kommandostruktur zu verlassen), wurden in den 90er Jahren in Form multinationaler Verbände gegründet, so genannter „der WEU zugeordneter Kräfte“, zu denen auch französische Truppen gehören: das Eurocorps (mit Deutschland, Belgien, Spanien und Luxemburg); Eurofor, eine schnelle Einsatztruppe, und Euromar, eine Marinefliegertruppe, an denen jeweils auch Spanien, Italien und Portugal beteiligt sind. Außerdem hat die WEU 1992 einen Planungsstab und 1993 ein Satellitenzentrum zur Auswertung der Bilder der Beobachtungssatelliten in Torrejón (Spanien) gegründet. Nichts wirklich Außergewöhnliches ...

Zwar hatte die WEU bisher nur selten Gelegenheit, vor Ort aktiv zu werden – im Wesentlichen im Rahmen von Polizeieinsätzen (vor allem in der Stadt Mostar und bei der Durchsetzung des Donauembargos gegen das ehemalige Jugoslawien) –, sie bleibt aber die einzige ausschließlich europäische Organisation mit Befugnissen auf dem Gebiet der Verteidigung und somit ein notwendiger Anhaltspunkt für jegliche Überlegung über die Zukunft der GASP (5). Die Schlüsselfrage, die sich während der Verhandlungen über die Verträge von Maastricht und Amsterdam mit aller Heftigkeit stellt, ist die nach den Beziehungen zwischen WEU, EU und NATO. Eine Frage, die noch durch die unterschiedliche europäische Zusammensetzung dieser drei europäischen Organisationen weiter erschwert wird (6).

Vereinfacht kann man sagen, dass historisch gesehen in Verteidigungsangelegenheiten zwei extreme Haltungen einander gegenüber stehen, die auf zwei gegensätzliche Auffassungen des europäischen Aufbauwerks verweisen. Auf der einen Seite definiert sich das „Europa als Weltmacht“ oder das „europäische Europa“, wie de Gaulle es nannte, durch eine starke gemeinsame Politik und durch seine Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten. Dieser Auffassung zufolge, die seit vierzig Jahren konstant von den jeweiligen französischen Regierungen vertreten wird, liegt die Bestimmung der WEU darin, der „bewaffnete Arm“ der EU und ihrer GASP zu werden, ohne Bezug zur NATO. Auf der anderen Seite steht das auf seine Dimension als Freihandelszone reduzierte Europa, in dem die Vereinigten Staaten faktisch Mitglied sind und das weniger als Gemeinschaft wahrgenommen wird als vielmehr als ein großer Markt, der durch eine transatlantische wirtschaftliche Zusammenarbeit (7) erweitert wird und sich mit seinem der NATO untergeordneten Status vollständig zufrieden gibt. Das ist die traditionelle Haltung der Briten, die Anthony Blair bis zur Karikatur treibt. Zwar sind diese Haltungen in Wirtschaft und Handel stärker nuanciert, im Verteidigungsbereich hingegen bleiben sie weiterhin sehr ausgeprägt.

Die Verträge von Maastricht und Amsterdam sind von beiden Vorstellungen geprägt: Spitzfindige Formulierungen sollen das eine und gleichzeitig sein Gegenteil ausdrücken, die Bedeutung der WEU hervorheben (8) und gleichzeitig jedes Mal auf die notwendige Vereinbarkeit mit der NATO hinweisen. Abgesehen von Frankreich und in gewissem Maße auch Spanien – Deutschland könnte mittlerweile versucht sein, sich als Staat unabhängig von der Union zu behaupten – will keiner der fünfzehn Mitgliedstaaten ein

„Europa als Großmacht“, nicht einmal als europäischer Pfeiler der NATO.

In einem kleinen, sehr zutreffenden Werk schlägt Nicole Gnesotto eine Erklärung für diese ablehnende Haltung gegenüber einem „europäischen Europa“ vor: *„Alle ziehen die Herrschaft eines starken Beschützers, der seine Legitimität durch die Geschichte der beiden Weltkriege erhält und vor allem 8000 Kilometer entfernt liegt, einer möglichen Vassallenherrschaft unter europäischer Führung vor. Diese Führung könnte nur von Mittelmächten übernommen werden, die eine mehr oder weniger zweifelhafte Vergangenheit haben und die vor allem Nachbarländer sind, deren Legitimität nicht stärker ist als die der anderen“* (9). In der Tat sind es die Vereinigten Staaten, die darauf hoffen könnten, eines Tages ein Minimum an Handlungsfreiheit wiederzuerlangen, ohne dabei ihren Wunsch aufzugeben, weiterhin das „Steuer“ auf dem Alten Kontinent in der Hand zu behalten. *„Solange es an einer europäischen Militärschaltstelle fehlt, die ausreichend organisiert ist, um glaubwürdig zu sein, aber vor allem solange es an einem gemeinsamen europäischen Willen mangelt, die Union zu einem verantwortlichen Akteur zu machen, werden die Vereinigten Staaten schließlich in jeder Krise zur Intervention gezwungen sein ... Je mächtiger Amerika ist, desto weniger Freiheit besitzt es (...).“* Deshalb *„ist die Hypothese einer wachsenden strategischen Verantwortung der Europäer prinzipiell weit davon entfernt, die politischen Interessen der Vereinigten Staaten zu durchkreuzen. Und wenn Amerika will ...“* (10).

Würde Amerika noch vor dem unklaren Ausgang des Kosovo-Kriegs, „schon wollen“, nachdem es sich die Finger verbrüht hat? Vielleicht bereut es, die NATO, sein Machtinstrument auf dem alten Kontinent, einem großen Risiko ausgesetzt zu haben, indem es sich selbst durch seine Flucht nach vorn dazu verdammt hat, zu „gewinnen“, egal zu welchem Preis? Die WEU mit ausschließlich europäischen Streitkräften und nur logistischer Unterstützung der Amerikaner (11) hätte dagegen Kohlen aus dem Feuer holen und möglicherweise scheitern können, ohne das Washington dabei politischen Schaden nimmt. Es ist schwer vorstellbar, dass Scharping am 10. Mai in Bremen seinen Vorschlag zur Integration der WEU in die NATO ohne die Zustimmung Madeleine Albright unterbreitet hat. Allerdings war diese Integration nur eine im Vertrag von Amsterdam erwähnte Möglichkeit (Titel V, Artikel 17). Dass nur einen Monat nach Inkrafttreten (am 1. Mai) dieses Vertrags mit ihrer Umsetzung begonnen wird, zeigt eine für Regierungen unübliche diplomatische Flinkheit.

Werden die Europäer gegen ihren Willen europäisch werden müssen, um sich bei ihrem Tutor einzuschmeicheln? Dann bliebe ihnen herauszufinden, welche gemeinsame Außenpolitik einer Verteidigung dienen müsste, die sie wenigstens ein bisschen beeinflussen könnten – jedoch selbstverständlich nur in dem von Washington abgesteckten Rahmen der von ihnen allein zu tragenden Risiken. Und auch hier sind die Trennlinien die gleichen wie bei der Sicherheit. *„Nach Ansicht der meisten EU-Staaten kann Außenpolitik in drei Punkten zusammengefasst werden: Verteidigung der Menschenrechte, Schutz der eigenen kommerziellen Interessen, Pflege der Beziehungen zu den Nachbarländern.“*(12) Während die gemeinsamen Handels- und Kooperationspolitiken unter Federführung der Kommission weltweite Auswirkungen haben, fällt die gemeinsame Außenpolitik, die in die Zuständigkeit des Rates fällt und dadurch nur wenig Berührungspunkte mit den beiden ersteren hat, kaum auf. Es ist weithin bekannt, dass diese verschiedenen Politiken insbesondere in den Vereinigten Staaten als eine einzige angesehen werden. Und wenn die Fünfzehn gemeinsame Standpunkte von besonderer Tragweite verabschieden wie beispielsweise zur Regelung der Palästina-Frage (13), findet man diese Entschlossenheit nicht in der praktischen Anwendung dieses Standpunktes, den jeder einzelne Mitgliedstaat in seine eigene Außenpolitik umsetzen sollte.

Mangels einer gemeinsamen Weltanschauung und eines gemeinsamen Vorhabens bleibt die Union als Handlungsträger auf der internationalen Bühne praktisch nicht existent, was sich auch durch die Ernennung eines hohen Vertreters für die GASP auf dem Kölner Gipfel nicht ändern wird. Das lässt einigen Mitgliedern, genau genommen Frankreich, wenig Spielraum, um das auszudrücken, was eine gewisse Idee von Europa sein könnte.

BERNARD CASSEN.

(1) *International Herald Tribune*, Paris, 12. Mai 1999.

- (2) *Financial Times*, London, 10. Mai 1999.
- (3) Zu lesen bei Jean-Pierre Maury, *La Construction européenne. La sécurité et la défense*, PUF, Paris, 1996.
- (4) Insbesondere zu lesen bei André Dumoulin et Eric Remacle, *L'Union de l'Europe occidentale. Phénix de la défense européenne*, Bruylant, Bruxelles, 1998.
- (5) Um eine Beschreibung der Entscheidungsträger, der Umsetzung und der Bilanz der GASP zu erhalten, sollte das wertvolle Werk von Jean-Michel Dumond und Philippe Setton gelesen werden, *La Politique étrangère et de sécurité commune*, La Documentation française, Reihe. „Réflexe Europe“, Paris, 1999. Über die Aspekte des Vertrags von Amsterdam hinsichtlich der Außenpolitik der Union auch zu lesen: S. 365 bis 408, *Le Traité d'Amsterdam* (von Yves Lejeune koordinierte Studien), Bruylant, Bruxelles, 1999.
- (6) Zehn der fünfzehn Mitglieder der WEU sind auch Mitglieder der EU (Dänemark und die vier „neutralen“ Staaten Österreich, Irland, Finnland und Schweden gehören ihr nicht an). Der NATO gehören alle Mitgliedstaaten der EU mit Ausnahme der vier neutralen Staaten an, das heißt elf, zu denen neben Kanada und den Vereinigten Staaten noch Island, Norwegen und die Türkei hinzukommen. Im April 1999 sind drei mitteleuropäische Länder, nämlich Ungarn, Polen und die Tschechische Republik der Organisation beigetreten, wodurch die Zahl der Mitglieder auf neunzehn gestiegen ist.
- (7) Zu lesen bei Christian de Brie, „L'AMI nouveau va arriver“ („Das neue MAI ist angekommen“, dt. Ausg.), *Le Monde diplomatique*, Mai 1999.
- (8) In Artikel 17 des Vertrags von Amsterdam bezüglich der GASP werden Wort für Wort die Aufgaben wiedergegeben, die sich die WEU 1992 bei ihrem Petersberger Ministertreffen selbst gestellt hatte: „*Humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen*“, was die politisch-militärische Legitimität der EU unterstreicht.
- (9) Nicole Gnesotto, *La Puissance et l'Europe*, Presses de Sciences-Po, Paris, 1998.
- (10) *Ibid.*
- (11) Der Atlantikrat hat 1996 das Konzept der „multinationalen teilstreitkraftübergreifenden Truppen“ (CJTF) genehmigt, mit denen Kommando- und Hilfsmitteln innerhalb der NATO identifiziert werden, die den WEU-Operationen unter ausschließlich europäischer Führung zur Verfügung gestellt werden können.
- (12) Jean-Michel Dumond und Philippe Setton, *op. cit.*
- (13) In der Erklärung von Venedig aus dem Jahr 1980 werden die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes anerkannt. In seiner Erklärung von Berlin vom 26. März 1999 sprach sich der Europäische Rat für einen unabhängigen Staat Palästina aus, den die EU bereit wäre anzuerkennen.